

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 21

Artikel: So kam es dazu
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So kam es dazu

Es ist passiert. In Ungarn hat sich die kommunistische Partei aufgelöst und eine demokratische Nachfolgepartei gegründet, die keinen Anspruch auf Führung von Staat und Gesellschaft mehr erhebt. Das ist es, was die Umwandlung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP = KP) in die Ungarische Sozialistische Partei (USP) bedeutet. Gleichzeitig sind die ideologischen Dogmen über Bord gegangen, und zurück bleibt allfälligerweise etwas vom Gedankengut marxistischer Tradition.

Dieser erstmalige Vorgang bewirkt, dass Ungarn endgültig kein sozialistisches Land mehr ist. Sozialistisch sind theoretisch Länder ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, und praktisch so genannt haben sich die Länder, die exklusiv von ihrer KP geführt wurden. Ungarn hatte sich schon zuvor dem politischen Pluralismus geöffnet, und bevor sich dieser noch in den ersten freien Wahlen vom nächsten Jahr manifestieren konnte, ist nunmehr auch die KP in allen ihren massgeblichen Eigenschaften zurückgetreten. Hier schildert Prof. Revesz, wie sie in den letzten Wochen dazu gekommen ist.

«In Ungarn siegt eine friedliche Revolution auf Kosten der sozialistischen Ordnung», hatten wir im April (Nr. 7/1989) geschrieben, und heute sind es die Träger jener Ordnung selbst, welche auf friedlichem Weg die Konsequenz noch vor dem Test der Wählerentscheidung gezogen haben. Die USAP gibt es nicht mehr, weder mit ihrem ideologischen Anspruch noch mit ihrem Machtanspruch.

Die ungarische Partei geriet in den letzten Jahren in eine immer schwerere Krise, war ihr doch sowohl die moralische als auch die faktische Autorität abhanden gekommen. Auf der Landesparteikonferenz von 1988 sprach man sich offen über die schwierige Lage aus. Einerseits hatte die USAP laufend neue Liberalisierungs- und Demokratisierungstendenzen akzeptieren müssen, und andererseits hatte ihr graduelles Einlenken nicht verhindert, dass die Kritik an Partei und Parteiführung an Umfang und Schärfe zunahm.

Auflösungssymptome überall

4 In der Folge ereigneten sich Dinge, die zuvor unvorstellbar waren. In Budapest rich-

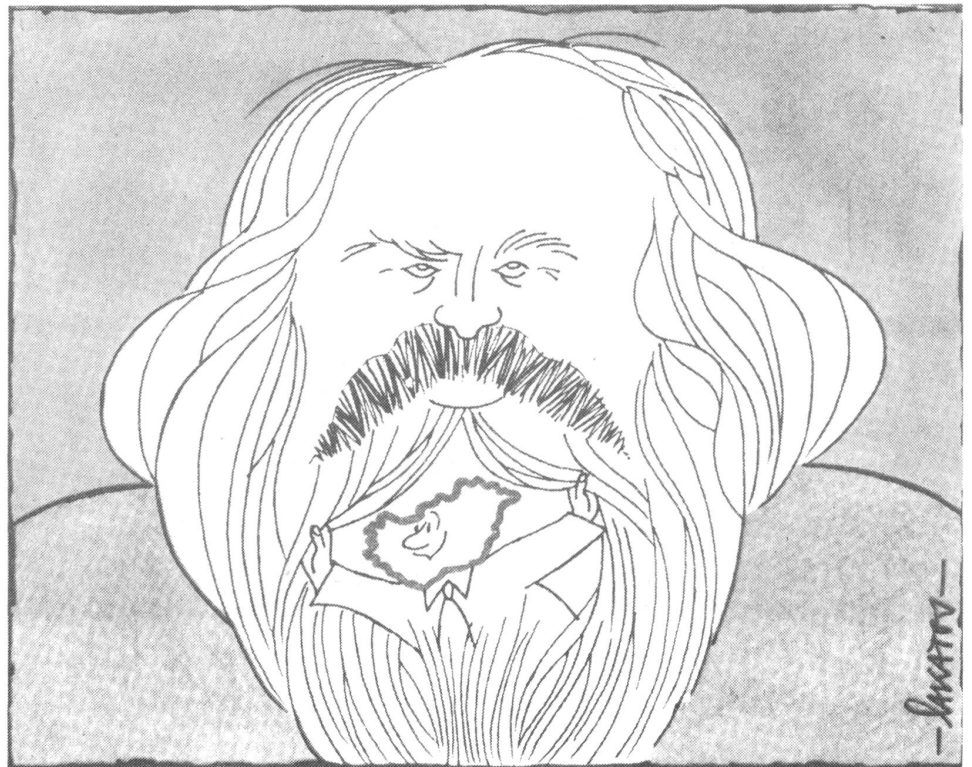
tete Radio Freies Europa ein Büro ein («Magyar Hirlap», 14. 7. 1989), und die Ungarische Depeschagentur erklärte sich bereit, diesem Sender ihre Informationen zu liefern («Nepszabadsag», 27. 9. 1989). Es konnte eine Gesellschaft der Heiligen Krone (Stephanskrone; sie ist allerdings mehr Symbol der ungarischen Unabhängigkeit als der Monarchie) entstehen und öffentlich fordern, dass Gerichtsurteile im Namen der Krone verkündet würden, dass Staatsbeamte und Offiziere auf sie vereidigt würden («Magyar Nemzet», 26. 9. 1989). Eine Regierungskommission schlug vor, den Forint bis 1995 konvertibel zu machen mit dem ausdrücklich genannten Ziel der Integrierung in die westliche Wirtschaft («Budapester Rundschau», 4. 9. 1989). Ministerpräsident Miklos Nemeth, als Politbüromitglied selber der Parteiführung angehörend, erklärte kurz vor dem Parteikongress, die Regierung habe aufgehört, zur Verwirklichung von Parteibeschlüssen verpflichtet zu sein; sie unterstehe dem Parlament und nicht der Partei («Neps-

zabadsag», 26. 9. 1989). Die USAP selbst musste ihre Parteikomitees im Obersten Gericht und im Innenministerium (Polizeiministerium) auflösen («Magyar Hirlap», 2. 10. 1989). Am 22. September beschloss die Regierung, alle Parteisymbole von den Amtsgebäuden zu entfernen, und insbesondere das Verschwinden der fünfzackigen Sterne hat in der Folge das Ausmass des Wechsels optisch kundgetan.

Schon dieser Fächer zeigt es: Wenn solche Dinge möglich geworden waren, dann war die USAP im bisherigen Selbstverständnis bereits unmöglich geworden.

Neue Parteien und Gewerkschaften

In den letzten Monaten entstand in Ungarn eine Partei nach der andern. Wiedererweckt wurden dabei auch jene Parteien, welche nach der Machtübernahme der Kommunisten 1948 ihre Tätigkeit hatten einstellen müssen: die Kleinlandwirtpartei, die Bau-



«Ludas Matyi», Budapest, 5. 7. 1989.

ernpartei, die Sozialdemokratische Partei. Sie sahen bewusst davon ab, sich jetzt als Parteien registrieren zu lassen, weil sie sich auf eine anhaltende und 40 Jahre lang missachtete Legalität beriefen; man hatte seinerzeit vergessen, sie offiziell aufzulösen. Dass das jemals wieder eine Rolle spielen könnte, hätte sich bis zu diesem Jahr niemand vorgestellt.

Nach den Jugendorganisationen (siehe Nr. 15/1989) entglitten der Partei auch die Gewerkschaften. Im Sommer 1989 bildete sich die Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften mit 40 000 Mitgliedern schon beim Start («Magyar Nemzet», 1. 9. 1989), und selbst der offizielle und konservativ geführte Zentrale Gewerkschaftsrat SZOI wollte mit der Partei immer weniger zu tun haben. Sein Präsident und sein Sekretär verzichteten auf die ihnen zustehenden Sitze im Zentralkomitee der Partei und kündigten die Beziehungen «alten Stils» auf, weil sie die Gewerkschaften nicht mehr als Transmissionsriemen der Partei verstanden haben wollten («Uj Szo», Bratislava, 15. 9. 1989 und «Nepszava», 16. 9. 1989). Ein «Gewerkschaftliches Arbeitsbündnis Solidarität» führte zusammen mit den Oppositionsgruppierungen vom Demokratischen Forum und dem Verband Freier Demokraten (SZDSZ) eine Grossveranstaltung in Tatabanya durch, um gegen Sonderrechte der Kommunisten in den Betrieben (Arbeiterwache, Parteizellen) zu protestieren («Magyar Hirlap», 9. 10. 1989).

Wieviel neue Aussenpolitik?

Die ungarische Aussenpolitik schlug mit abnehmender Vorsicht eine neue Linie ein. Staatsminister und Politbüromitglied Imre Pozsgay (schon seit Jahren Reformpolitiker par excellence) erklärte in einem Interview für das italienische Fernsehen: «Wir wollen die Bindung mit dem Osten nicht lösen, wohl aber die Kontakte zum Westen ausbauen» («Budapester Rundschau», 2. 10. 1989). Ministerpräsident Nemeth sprach sich bereits für eine schrittweise Annäherung an die EG mit dem Ziel späterer Mitgliedschaft aus («Magyar Nemzet», 2. 10. 1989).

Parlamentspräsident M. Szürös erklärte im September, Ungarn plane langfristig die Neutralität und müsse jetzt mit einer entsprechenden Politik beginnen («Magyar Hirlap», 12. 9. 1989). Die Zeiten haben sich auch in der Sowjetunion geändert, und in Moskau reagierte man mit einer schon fast zustimmenden Gelassenheit. Nikolaj Schislin, Leiter der Sektion für die osteuropäischen sozialistischen Länder in der aussenpolitischen ZK-Abteilung der KPdSU, erklärte zur Frage der ungarischen Neutralität, sie stelle momentan nicht das Hauptproblem für Ungarn dar, aber ansonsten seien die sozialistischen Staaten in ihrer Aussenpolitik völlig frei («Nepszabadsag», 23. 9. 1989).

Partei-Enteignung in Armee und Polizei

In der Innenpolitik musste die Partei von Konzession zu Konzession gehen, wenn nicht von Niederlage zu Niederlage.

Ministerpräsident Nemeth erklärte den Verzicht der Partei auf «direkte Führung» der Armee («Magyar Hirlap», 12. 9. 1989). Als praktische Folgerung daraus werden die Parteiorganisationen in der Armee aufgelöst («Nepszabadsag» 18. 9. 1989). Selbst die Leitung der Politischen Hauptverwaltung der Armee kam nach einer Konferenz mit hohen Offizieren zum Schluss, die Loyalitätserklärung der Offiziere gelte nur gegenüber der Regierung, nicht aber gegenüber der Partei («Magyar Nemzet», 29. 9. 1989).

In wirtschaftlicher Hinsicht entfernte sich Ungarn weiterhin von den sozialistischen Strukturen. Die Verbände für Kleingewerbe und Kleinhandel (KIOSZ und KISZOSZ) haben eine gemeinsame Kammer der Privatunternehmer gegründet («Magyar Nemzet», 1. 9. 1989).

Generaloffensive der Opposition

Bei alledem blieb die Opposition, von der Gesellschaft insgesamt unterstützt, ständig

im Angriff; was immer die Kommunisten an Änderungen zuliessen, genügte ihr noch nicht. Kritisiert wurden alle Parteiprivilegien, so das Monopol der USAP auf die 20 Komitatszeitungen (Provinzzeitungen) des Landes. Deren Mitarbeiter kamen selber zum Schluss, dass man diese amtlichen Zeitungen zu parteilosen Organen der Komitatsräte umwandeln müsse («Magyar Hirlap», 2. 10. 1989). Desgleichen wurde das Fernsehen kritisiert, weil es die politischen Kräfte ausserhalb der Partei nicht berücksichtige; die Opposition verlangte «Gleichberechtigung».

Öffentlich angefochten wurde auch das Vermögen der Partei. Sie verfügt über Grundstücke und Gebäude, welche sie verpachtet, und man forderte nun deren Rückgabe an die lokale Staatsverwaltung («Magyar Nemzet», 26. 9. 1989).

Das unabhängige Juristenforum meldete sogar einen Prozess gegen das USAP-Zentralkomitee an, weil dieses das Parteivermögen durch Manipulationen zu retten suche («Nepszabadsag», 18. 9. 1989). So hatte die Partei eine Scheinfirma unter dem Namen «Next-3000» gegründet und wollte ihr zu Tarnungszwecken verschiedene Vermögensobjekte (elf Hotels und Erholungsheime,

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 54.—
(Ausland sFr. 59.—/DM 70.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

21/89

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

acht Gästehäuser für Mitglieder, fünf Parteischulen, vier Garagen und eine Anzahl weiterer Gebäulichkeiten) übertragen («Rzeczpospolita», 4. 10. 1989). Diese Diskussion erlaubt einen früher verwehrten Einblick in die materiellen Verhältnisse einer regierenden kommunistischen Partei.

Vorgeworfen wurde der Partei ferner, dass sie Mittel aus dem Staatsbudget beziehe: 869 Millionen Forint für das laufende Jahr und 976 Millionen für die paramilitärischen Partei-Einheiten der «Arbeiterwache». Demgegenüber erhielt die Patriotische Volksfront, die früher KP-dominierte Vereinigung von Kommunisten und Nichtkommunisten, die unter anderem die Einheitswahlen organisierte, vom Staat nur 314 Millionen Forint («Nepszabadsag», 5. 10. 1989).

Spaltungen und Mitgliederschwund

Natürlich gab es Kommunisten, die sich alles das nicht bieten lassen wollten, und bis September war die Spaltung innerhalb der Partei auch organisatorisch vorangeschritten.

Während sich die Reformer um Imre Poszgay scharten und den Ton angaben, gründeten die Stalinisten eine eigene Ferenc-Münnich-Gesellschaft. Sie vereinigte laut eigenen Angaben über 10 000 Mitglieder und nahm Stellung gegen den politischen Pluralismus («Nepszabadsag», 2. 9. 1989). Später gründeten konservative Kreise noch eine Janos-Kadar-Gesellschaft («Magyar Nemzet», 26. 9. 1989). Sie sollte wohl das verkörpern, was man früher einmal unter Reformkurs verstanden hatte. Unmittelbar vor dem Kongress entstand schliesslich die «Marxistische Einheitsplattform». Sie warf der Parteiführung vor, den Marxismus verworfen zu haben und sprach von der «antikommunistischen Kampagne inländischer und ausländischer Reaktionen» («Nepszabadsag», 5. 10. 1989).

Die «Mitgliederbewegung» der Partei verlief unter diesen Umständen dramatisch: im Monatsdurchschnitt 200 Eintritte und 10 000 Austritte (ZK-Sekretär Janos Barabas in «Nepszabadsag», 4. 9. 1989). Noch stärker war der Schwund beim kommunistischen Jugendbund KISZ, der bis zum Herbst nahezu von der Bildfläche öffentlicher Aktivitäten verschwunden ist. Letztes Jahr hatte der Mitgliederbestand von 900 000 auf 720 000 abgenommen; aktuelle Zahlenangaben fehlen. Demgegenüber wurde die Konkurrenz aktiv, insbesondere der Ungarische Demokratische Jugendbund, dessen Linie dem Demokratischen Forum entspricht («Magyar Ifjusag», Nr. 19/1989).

Der Aufstandstag

Das deutlichste Zeichen für die Abkehr vom alten Selbstverständnis der Partei bildete aber die oppositionell gewünschte (und

schliesslich vom Parteikongress ausdrücklich gebilligte) Ausrufung des nationalen Feiertags vom 23. Oktober. An diesem Datum hatte 1956 der Aufstand gegen Regime und Sowjettruppen begonnen. Für dieses Anliegen trat das «Komitee 23. Oktober» ein, und die Zustimmung im Land war so gross, dass die Partei jeden Widerstand dagegen aufgab; in kürzester Zeit nahmen Dutzende von

Organisationen diesen Gedanken auf («Nepszabadsag», 4. 10. 1989), und die noch ausstehende Verwirklichung durch das ungarische Parlament unterlag keinem Zweifel.

Das war die Ausgangslage vor dem Kongress. Dass die USAP in ihrer bisherigen Substanz nicht mehr lebensfähig sein konnte, war bereits ein *Fait accompli*. ■

ZITIERT

CH-Offiziere werden in den USA ausgebildet

Der folgende Kurzbeitrag erschien in der ungarischen Gewerkschaftszeitung «Nepszava», Budapest, vom 7. 10. 1989 unter dem Titel «Eine Schweiz ohne Armee?». Wiedergegeben werden die Aussagen einer schweizerischen Delegation.

«Die Schweiz ist nicht neutral und war es nie. Ihr Verteidigungskonzept ist organisch dem Nato-Konzept angepasst, ihre Waffen sind Nato-Waffen, und ihre höheren Offiziere werden in den USA ausgebildet.»

Das haben Aktivisten der Organisation «Eine Schweiz ohne Armee» in Budapest behauptet. Auf einer Reise nach Moskau verbrachten sie einen halben Tag in unserer Hauptstadt und nutzten die Gelegenheit, mit den Vertretern des Friedensrates zusammenzukommen.

Die schweizerische Friedensbewegung wurde 1982 gegründet. Ihr Ziel ist der Aufbau einer Gesellschaft ohne Gewalt.

Warum braucht die Schweiz keine Armee? Im Falle eines Krieges sei es völlig belanglos, ob die Schweiz eine Armee habe oder nicht, antwortet der Sekretär der Organisation. Sie hat in der Schweiz 113 000 Unterschriften von Leuten gesammelt, welche die Armee abschaffen wollen, und bald kommt es darüber zu einer Volksabstimmung.

Bei uns in Ungarn sehen viele Bürger das schweizerische Neutralitätsmodell als Neutralitätsideal schlechthin an. Demgegenüber erklärten die Gäste, obwohl die Schweiz keine Armee im klassischen Sinn des Wortes habe (*gemeint: kein Berufsheer?*), sei das Land doch hochgradig militarisiert. Die Schweizer Bürger haben ihre Waffen zu Hause, und es kommt selten vor, dass jemand diese Situation missbraucht.

Nach Meinung der Gäste ist das schweizerische Milizsystem ausserordentlich antidemokratisch. Wer im Zivilleben einen hohen Posten bekleide, habe auch in der Armee einen hohen Dienstgrad. Ein Bankier zum Beispiel sei kein gewöhnlicher Soldat. Daraus folge, dass eine wirklich echte Demokratisierung der Gesellschaft erst dann zu erwarten sei, wenn es keine Armee mehr gebe.

Ein Mitglied der Delegation, ein Journalist in einer Provinzzeitung, erzählte, er sei 1984 zum Militärdienst einberufen worden, habe aber die Grundausbildung verweigert. Daraufhin wurde er zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt. Fünf Jahre später wurde er zum Zivilschutz eingeteilt. Hier musste er üben, was er im Falle eines atomaren Angriffs tun müsste. Nach zwei Tagen verweigerte er auch diesen Dienst und wurde zu fünf Tagen Freiheitsentzug verurteilt. Sollte er erneut einberufen werden, würde er den Dienst erneut verweigern, und dann müsste er höhere Steuern zahlen.

In der Schweiz gibt es nämlich keine zivile Variante des Militärdienstes, wie sie bei uns kürzlich vom Parlament beschlossen wurde. Der Grund ist überraschend: Vor fünf Jahren gab es eine Volksabstimmung zu dieser Frage, und die Mehrheit der Schweizer Bürger lehnte selber den Zivildienst ab. Wir fragten, wie es denn komme, dass sich die Ablehnung des Zivildienstes als Resultat einer Volksabstimmung ergeben habe. Die Antwort lautete, dass die Menschen in der Schweiz gleichgültig seien. Die Politik sei das Privileg einer kleinen Schicht, und an einer solchen Abstimmung betrage die Teilnahme der Stimmberechtigten lediglich 30 Prozent.

Die Mitglieder der Delegation führen weiter nach Moskau, um dort eine Woche als Gäste des Komsomol zu verbringen. ■